

# Politische Ökologie

## Gründe unzureichender Umweltpolitik und theoretische Implikationen am Beispiel des Treibhauseffekts

Frank Maier-Rigaud  
Jan Neumann  
Rahul Sharma



**Layout:** Stefan Haines  
**Anzeigenleitung:** Maren Kochbeck, Remi Maier-Rigaud  
(entfällt in der WWW-Edition)  
**Herausgeber:** Frank Maier-Rigaud,  
Impekovener Straße 40, 53347 Alfter  
**Titel:** verändert aus C. Böhret, Folgen, Opladen 90, S. 98

**weitere Mitglieder des Umweltausschusses:**  
Shabnam Jalali, Andreas Raiser, Julia Schäfer, Melanie Stahnke  
**Druck:** Brückner&Partner, Auflage: 2000

**Anschrift:**  
Umweltausschuss der Bezirksschülervertretung Bonn  
Mühlheimer Platz 1  
53111 Bonn, Telefon: 0228 / 77 32 00

# Inhaltsverzeichnis

<b>VORWORT .....</b>	<b>3</b>
<b>I. TREIBHAUSEFFEKT .....</b>	<b>4</b>
1) ERKLÄRENDE EINFÜHRUNG .....	4
Rahul Sharma	
2) PROBLEMATIK UND FOLGEN DES TREIBHAUSEFFEKTES .....	5
Jan Neumann	
<b>II. NACHHALTIGKEIT .....</b>	<b>8</b>
Frank Maier-Rigaud	
<b>III. STEUERUNGSMUSTER .....</b>	<b>13</b>
Frank Maier-Rigaud	
1) DAS DILEMMA DER ETHIK ALS INSTRUMENT .....	13
2) STAAT .....	15
<b>IV. LÖSUNGSANSÄTZE.....</b>	<b>19</b>
Jan Neumann	
<b>V. STRUKTURWANDEL .....</b>	<b>22</b>
Frank Maier-Rigaud	
1) CHANCEN DER ANPASSUNG .....	22
2) GESELLSCHAFTSMODELLE .....	23
3) ZUKUNFT .....	25
<b>NACHWORT .....</b>	<b>30</b>
Prof. Dr. Klaus Heinloth	
<b>LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>32</b>
<b>APPENDIX .....</b>	<b>33</b>

# Vorwort

Alles ist miteinander verbunden, wie das Blut, das eine Familie vereint. Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde. Der Mensch schuf nicht das Gewebe des Lebens, er ist darin nur eine Faser. Was immer Ihr dem Gewebe antut, das tut Ihr Euch selber an.

Rede des Häuptlings Seattle vor dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1855

Diese Broschüre befaßt sich mit der Frage, warum trotz umfangreicher Kenntnisse über die ökologische Krise noch immer nur unzureichende und halbherzige Maßnahmen zur Korrektur dieser fatalen Entwicklung getroffen werden.

Das Thema Treibhauseffekt dient als konkretes Beispiel für Problemverständnis und Lösungsansätze. Die absehbare Klimaänderung ist als das umfassendste Umweltproblem einzuschätzen. Es wurde im Arbeitskreis intensiv seit Anfang 1993 diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt kam der Gedanke auf, die Resultate einer breiteren Leserschaft zugänglich zu machen. Durch andere Projekte und den Haushaltsstopp der Stadt Bonn verschob sich jedoch der Drucktermin soweit, daß die endgültige Fassung erst jetzt, im Jahr 1994, erscheinen konnte.

Die vorliegenden fünf Kapitel waren ursprünglich als eigenständige Artikel geplant, doch haben wir uns bemüht, sie soweit in den Gesamtkontext einzugliedern, daß die Lesbarkeit der Broschüre davon profitiert.

Die erarbeiteten Inhalte erwiesen sich jedoch als so weitgehend, daß auch die hier vorliegenden Seiten nur einen oberflächlichen Eindruck der Diskussion im Arbeitskreis und natürlich in der wissenschaftlichen Diskussion ablegen kann. Gerade darin liegt jedoch die Stärke dieser Broschüre, verständlich geschrieben und auf ein Minimum reduziert, ist sie der ideale Einstieg in diese Thematik. Ein weiterer Vorteil scheint hier auch der erstmalige Versuch die theoretischen Seiten der Umweltproblematik darzustellen, welches in dieser Weise bisher noch nie geboten wurde.

Wer sich mit der hier angesprochenen Problematik weitergehender beschäftigen will, dem sei das Literaturverzeichnis auf Seite XX empfohlen. Hier finden sich alle herangezogenen Fachbücher, die dieser Broschüre zugrundeliegen und im Arbeitskreis bearbeitet wurden.

Bonn, den 18.2.94

# I. Treibhauseffekt

## 1) Erklärende Einführung

Der Begriff "Treibhauseffekt" bezeichnet das stetige Steigen der globalen Durchschnittstemperatur aufgrund von stetig steigenden Konzentrationen klimawirksamer Gase in der Erdatmosphäre. Zu diesen klimawirksamen Gasen gehören vor allem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), Ozon (O<sub>3</sub>), Distickstoffoxid (N<sub>2</sub>O), Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und Wasserdampf (H<sub>2</sub>O). Sie entstehen z.B. bei der Energieerzeugung durch fossile Energieträger (z.B. Gas, Kohle), aber auch bei der Verdauung in Rindermägen (hier speziell Methan).

Gas	Volumenanteil der Atmosphäre betrug 1990	Lebensdauer in Jahren	Treibhauspotential (Index)	Anteil am Treibhauseffekt	Zunahme pro Jahr
Kohlenstoffdioxid (CO <sub>2</sub> )	0,035%	100	1	49%	0,47%
Methan (CH <sub>4</sub> )	0,00017%	10	27	19%	1%
Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW)	0,00000001%	60 bis 130	bis 17.000	15%	5%
Lachgas (N <sub>2</sub> O)	0,000031%	150	200	5%	0,3%

Die Tabelle zeigt die wichtigsten Treibhausgase. Deutlich wird, daß einige Gase in sehr geringen Mengen in der Atmosphäre vorkommen, jedoch eine extrem hohe Treibhauswirkung (Potential) beziehungsweise eine lange Lebensdauer haben.

Mit Ausnahme der FCKW sind alle klimawirksamen Gase in der Atmosphäre bereits seit Jahrmilliarden vorhanden. Sie sorgen für die vegetationsfreundlichen Temperaturen in weiten Teilen des Planeten: ohne diese Gase läge die globale Durchschnittstemperatur nicht bei 15-16 C, sondern bei ca. minus 18 C! Diese Gase verhindern nämlich, daß die von der Erde reflektierte Sonnenstrahlung direkt vollkommen zurück ins Weltall entweicht. Während sie die relativ kurzwellige Sonnenstrahlung zur Erde lassen, zerstreuen und absorbieren sie die von der Erde langwellig reflektierte (Infrarot-) Strahlung teilweise, so daß ein Teil der Wärmeenergie erneut Richtung Erdoberfläche strahlt, und länger in der Erdatmosphäre verbleibt.

Dieser Effekt ähnelt dem der Glasscheiben eines Treibhauses (engl.:"greenhouse"), daher der Name "Treibhauseffekt" ("greenhouse-effect").

## 2) Problematik und Folgen des Treibhauseffektes

Die Problematik liegt in der steigenden Konzentration der klimarelevanten Gase in der Atmosphäre. Auslöser sind der Energie- und Ressourcenverbrauch von uns Menschen.

Der riesige Energiebedarf unserer Gesellschaft verteilt sich auf so unterschiedliche Bereiche wie Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und private Haushalte etc. Seit Anfang der Industrialisierung zu Beginn des vorigen Jahrhunderts ist der Energiebedarf förmlich explodiert. Zum Teil wegen der gestiegenen Bevölkerungszahl, mehr noch aber wegen der gestiegenen individuellen Bedürfnisse und Erfordernisse.

So hat die Konzentration des bedeutendsten Treibhausgases, des Kohlendioxids, in den letzten zwei Jahrhunderten um ca. 25% zugenommen (von 280 auf 350 Moleküle pro eine Million Moleküle in der Atmosphäre). Dies klingt angesichts der in der Zeit gestiegenen Wirtschaftsproduktivität eher nach einer mäßigen Zunahme, die Treibhauswirkung ist aber enorm! Zu realisieren ist auch, das allein die Hälfte dieser Zunahme in den letzten 30 Jahren passierte! Allein für die nächsten 30 Jahre wird mit einer Zunahme um weitere ca. 80 ppm gerechnet, also der Menge die sich über die letzten 200 Jahren zusätzlich ansammelte.

Allein Kohlendioxid verursacht etwa die Hälfte der Treibhauswirkung, Methan (CH<sub>4</sub>) ca. 19%, FCKW 15%, Ozon (O<sub>3</sub>) 8%, Distickstoffoxid (N<sub>2</sub>O) 5%.

In den letzten 100 Jahren ist die globale Durchschnittstemperatur um etwa 0,6 C gestiegen. Die renommiertesten internationalen Studien über die zu erwartenden Temperaturveränderungen bis Mitte nächsten Jahrhunderts gehen von einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 1,5 bis 4,5 C aus, wenn keine politischen Maßnahmen die Emissionen deutlich reduzieren. Dann wird es so heiß sein, wie seit der letzten Warmzeit vor 180.000 Jahren nicht mehr oder wie es noch nie in der Menschheitsgeschichte war. Während sich der natürliche Wechsel zwischen Eiszeiten und Warmzeiten früher im Laufe von

Jahrzehntausenden vollzog, findet der jetzige Temperatursprung innerhalb von nur 250 Jahren statt. Die Ökosysteme finden nicht genügend Zeit, um sich diesen Veränderungen anzupassen.

Aber selbst ein noch stärkerer Temperaturanstieg ist nicht auszuschließen, sondern sogar wahrscheinlicher als ein Anstieg um weniger als 1,5 C.

Welche konkreten Probleme und Gefahren ergeben sich aus dem Temperaturanstieg? Die Klimaänderungen fallen in den verschiedenen Teilen der Erde unterschiedlich aus. So wird die Temperatur in den höheren Breiten stärker steigen als in Äquatornähe. Deshalb sind auch die Folgen in den verschiedenen Erdteilen unterschiedlich, aber der ehemalige Vorsitzende der Klima-Enquetekommission des Bundestages, Bernd Schmidbauer, bringt es auf den Punkt: "Es wird, langfristig gesehen, keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben. Die Veränderungen in der Erdatmosphäre stellen eine Gefährdung für die Biosphäre der Erde dar, und damit für die gesamte Menschheit."

Insgesamt läßt sich auch sagen, daß die Wetterextrema (wie Hitzewellen, Wirbelstürme oder Überschwemmungen) an Häufigkeit und Ausmaß (also quantitativ wie qualitativ) zunehmen werden. In den tropischen Breiten werden Niederschlag und Stürme zunehmen, in den mittleren Breiten Hitzeperioden und Dürre (so daß sich die Wüsten weiter ausdehnen und nutzbares Land verloren gehen wird). In den hohen Breiten und der Subarktis wird es deutlich wärmer, aber auch feuchter werden (so daß der manchmal geäußerten Hoffnung, weite momentan noch unkultivierbare Landschaften, z.B. Sibieren, in Zukunft weitflächig nutzen zu können, wegen Versumpfung im wahrsten Sinne des Wortes der Boden entzogen werden dürfte). Die Berechnungen über das Ansteigen des Meeresspiegels variieren in der Fachwelt teilweise deutlich, stimmen aber in der Tendenz eines bedrohlichen Anstiegs überein (bis 2050 um 20 bis 50 Zentimeter, bis 2100 um 30 bis 110 Zentimeter). Durch die steigende Temperatur schmelzen Inlandeismassen (wie Gletscher) ab, und die Ozeane dehnen sich thermisch aus.

Falls die Temperatur um "nur" 1,5 C durchschnittlich steigt, dürfte der Meeresspiegel um einen halben Meter steigen. Dies würde (bzw. wird, falls keine deutlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden) viele tiefergelegene Gebiete (z.B. Norddeutschland, Holland, Teile Skandinaviens, Bangladesch, Florida) gänzlich oder teilweise überschwemmen, falls nicht immens teure Deiche und Dämme gebaut werden. Über 300.000 Kilometer Küste müßten geschützt werden. Durch den steigenden Meeresspiegel wird die

Versalzung des immer kostbareren Trinkwassers zunehmen und zu mehr Kosten und Knappheit führen, aber auch weite landwirtschaftliche Flächen unbrauchbar machen und die Ernährungssituation in vielen Teilen der Welt verschlimmern.

Die größte globale Gefahr liegt aber in der durch die Erwärmung bedingten Verschiebung der Klimazonen. Pro Grad Erwärmung wandern diese um 100 bis 250 Kilometer. Damit sich die Vegetationszonen an die veränderten Klimazonen anpassen können, darf die Temperatur nicht um mehr als 0,1 bis 0,2 C pro Jahrzehnt steigen, also um maximal 1,5 C bis zum Jahr 2050. Schon geschädigte Ökosysteme, wie z.B. der mitteleuropäische Hochwald, sind noch weniger anpassungsfähig und werden schon bei einem Temperaturanstieg von gut 1 C bis zum Jahr 2050 vom Absterben extrem bedroht sein. Die Konvention zum Schutz der Artenvielfalt auf dem Umweltgipfel von Rio 1992 macht deutlich, als wie wichtig die Artenvielfalt für Wohlstand und Überleben des Menschen mittlerweile erkannt worden ist.

Insgesamt läßt sich sagen, daß die Folgen des Treibhauseffekts nicht genau abzuschätzen sind. Hinsichtlich der Temperaturprognosen bestehen auch noch Unsicherheiten aufgrund möglicher positiver oder negativer Rückkopplungseffekte und aufgrund des schwer kalkulierbaren Einflusses der Ozeane und Wolken.

Dies rechtfertigt aber mit Sicherheit nicht ein weiteres Zögern in der Anwendung von Gegenmaßnahmen, wie es einige wenige Wissenschaftler empfehlen. Eben gerade aufgrund der nicht genauen Vorhersehbarkeit der Auswirkungen der menschlichen Emissionen der Treibhausgase müssen wir diese so weit wie möglich einschränken, und lieber etwas pessimistischer sein, als ohne Reaktionszeit vor einem Desaster (siehe obige Prognosen) zu stehen. Laissez-faire wäre töricht!

Als Abschluß ein Zitat des renommierten Klimatologen Wilfried Bach: "Es läßt sich nur eine vernünftige Schlußfolgerung ziehen: Wir müssen die klimawirksamen Schadstoffe drastisch reduzieren. Es muß sich bei uns rasch die Erkenntnis durchsetzen, daß wir gar keine andere Wahl haben, als die zur Verfügung stehenden bzw. neue Steuerungsmöglichkeiten zu nutzen, um den unerwünschten Entwicklungen gegenzusteuern."

## II. Nachhaltigkeit

### a) Einleitung

Vor rund 100 Jahren ist der Erwärmungsprozeß der Erde aufgrund von CO<sub>2</sub>-Emissionen zum ersten mal festgestellt worden.<sup>1</sup> Auch vor dem Aufkeimen der Umweltdiskussion in den 70er Jahren gab es Umweltverschmutzung aber erst aufgrund von immer häufiger erscheinenden Annomalien, sind gewisse Umweltprozesse der Wissenschaft bekannt geworden.

Der Zusammenhang zwischen CO<sub>2</sub> und einer Klimaerwärmung zum Beispiel ist im Labor nicht feststellbar, wenn man nicht im geringsten eine solche Verbindung vermutet. Auch wären heutige Umweltschäden vor 500 Jahren auf ganz andere Reaktionen gestoßen. Man hätte sie warscheinlich als natürliche Katastrophen oder als Strafe Gottes interpretiert. Aufgrund dieser falschen Analyse hätte man dann auch entsprechend keine oder recht zweifelhafte Lösungsversuche realisiert. Eine vergrößerte Frömmigkeit ist da nur ein mögliches Resultat unter vielen.

Da Diagnosen vom aktuellen wissenschaftlichen Stand abhängen, kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß Lösungsansätze den Prognosen entsprechend ausfallen. Deshalb wird es nie möglich sein, eventuelle Folgen von gewissen Produkten auf die Umwelt vorauszusagen oder gar zu verhindern. Jegliche Erkenntnis sollte durch eine versuchsweise Variation von Theorien und deren kritischer Überführung in die Praxis gewonnen werden. Erkenntnis wird letzten Endes also nur durch spekulative Theorien gewonnen, die das subjektive trial and error Prinzip des Labors überstanden haben. Wegen der Divergenz zwischen Laborversuchen und der Realität kommt der Irrtum allerdings nur allzuoft zu spät, in Form irgendeiner Katastrophe, zum Vorschein. Die Annäherung der Theorien an die Komplexität des Ökosystems verringert die Vielzahl der unbekanntenen Faktoren, jedoch nicht in einer befriedigenden Weise, somit ist der Planet Erde einem zivilisatorischen Großversuch mit unbestimmten Ende ausgesetzt. Nachdem es nun klar ist, daß sowohl die Flexibilität des Systems Natur wie auch die Erkenntnis über dieses System gering ist,

---

<sup>1</sup>SVANTE ARRHENIUS (1896), siehe Literaturverzeichnis



bleibt als logische Konsequenz nur die drastische Reduktion der Eingriffe in die Natur.<sup>2</sup>

## b) Definition von Nachhaltigkeit

Nachdem das generelle Ziel, "Interferenzenbegrenzung", theoretisch festgelegt ist, bedarf es eines politischen Ansatzes zur näheren Definition. Diesen Ansatz stellt das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung<sup>3</sup> dar.

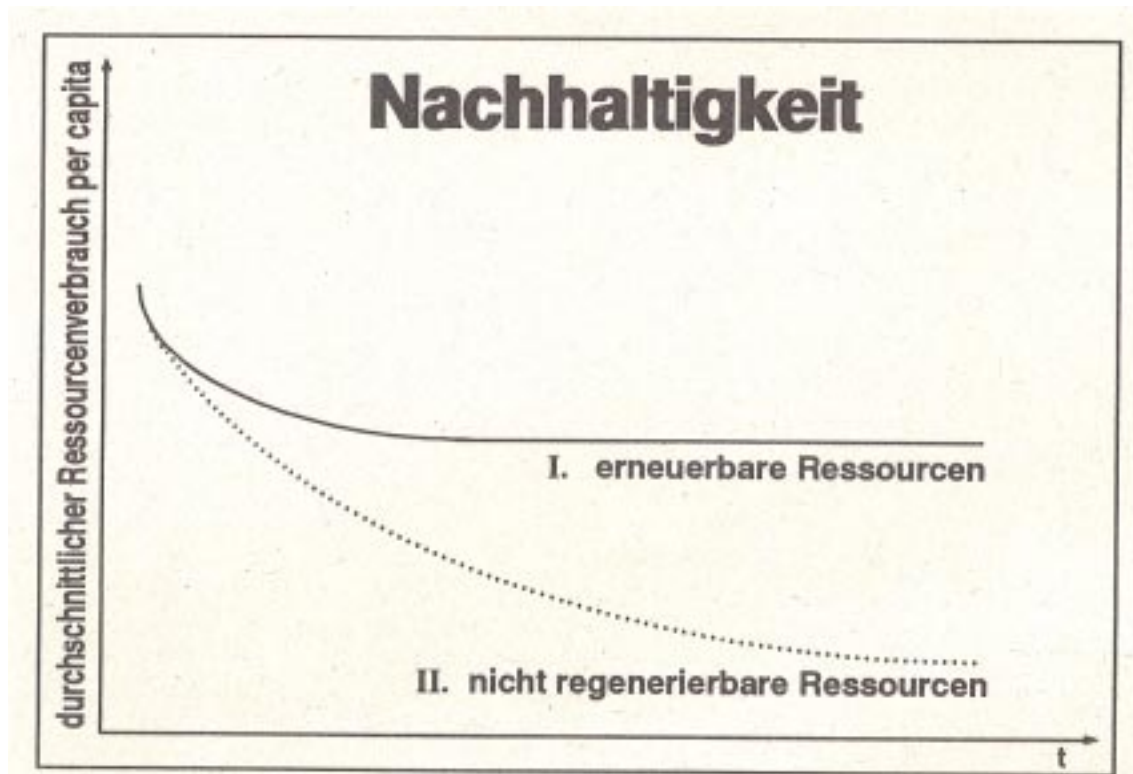
Nachhaltigkeit ist ein offener Begriff, der in seiner Bedeutung oft mißverstanden wird. Man findet ihn vor allem durch positivistische Positionen belastet, die konkrete, meist divergierende, Mengen propagieren und für diese Mengenfixierungen den Begriff Nachhaltigkeit beanspruchen. Generell wird zwischen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen unterschieden. Nachhaltigkeit im Bereich der regenerativen Ressourcen bedeutet, daß der Verbrauch die Regenerationsrate nicht überschreiten darf (siehe Funktion I).<sup>4</sup> Nachhaltigkeit im Bereich der nicht erneuerbaren Ressourcen ist noch weniger geeignet, als konkretes Ziel dargestellt zu werden, da es sich um einen "endlosen" Optimierungsprozeß handelt (siehe Funktion II). Wenn bei Kurve I noch wissenschaftliche Argumente eine gewisse Sicherheit bieten, so ist dies bei II kaum gegeben. Der Abbau nicht erneuerbarer Ressourcen ist deshalb nur dann erlaubt, wenn späteren Generationen der Zugriff auf Alternativen ermöglicht wird.

---

<sup>2</sup>Die Begrenzung der Wechselwirkungen zwischen Ökosystem und Gesellschaft wird auch Interferenzenbegrenzung genannt. Das Wirtschaftssystem greift in Bereiche des Ökosystems ein, es interveniert. Da prinzipiell beide Systeme nicht durchschaut werden können, das Wirtschaftssystem jedoch flexibler ist, muß sich die Gesellschaft anpassen, d. h. Eingriffe in die Natur vermeiden.

<sup>3</sup>"Sustainable development" als Leitvorstellung für gesellschaftliche Entwicklung ist erstmalig 1987 im Brundtland-Bericht formuliert worden.

<sup>4</sup>Nicht nur der Ressourcenverbrauch darf die Regenerationsrate nicht überschreiten, auch die Emissionen in Luft, Wasser und die Deponierung von Abfällen müssen der Aufnahmefähigkeit des Ökosystems angepasst sein.



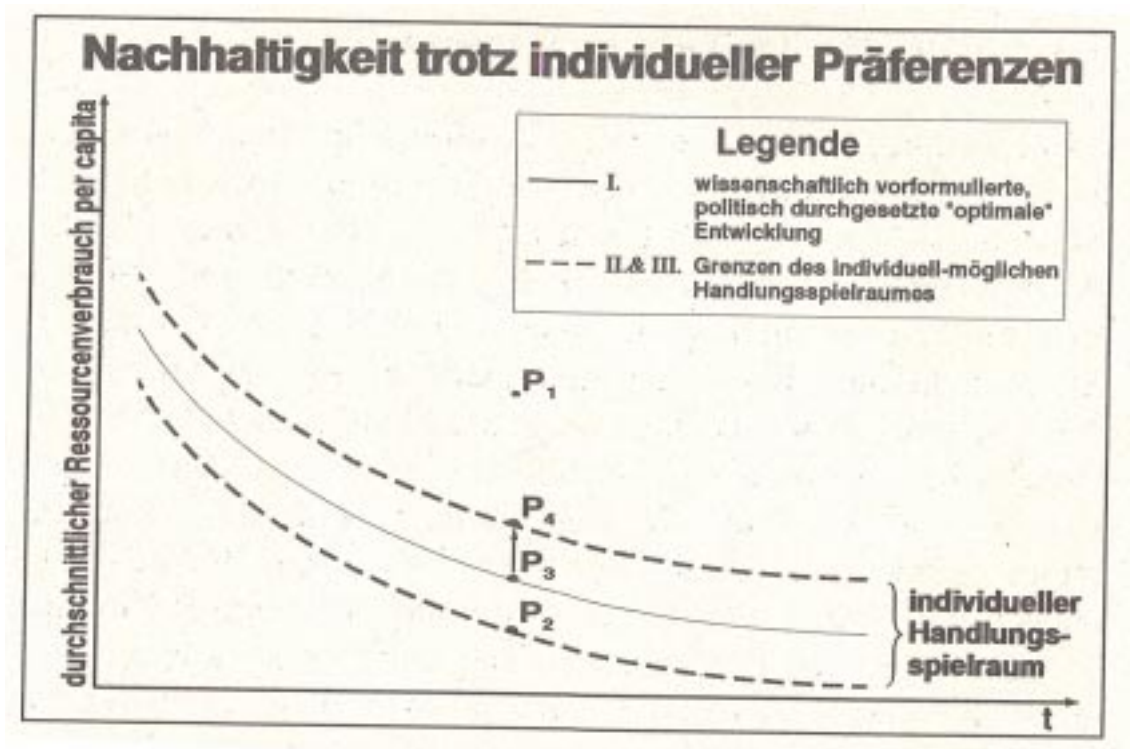
### c) Aspekte der Nachhaltigkeit - Wertewandel

Nachhaltigkeit ist im Prinzip bloß eine Verschärfung des bereits seit langem angewandten Begriffs der Ressourcenknappheit. Knappheit spielt seit jeher eine wichtige Rolle bei der Preisfindung, der entscheidende Faktor ist jedoch die "aktuelle" Nachfrage. Die Allokationstheorie in der Marktwirtschaft geht von einer perfekten Nutzung der "momentan" zur Verfügung stehenden Güter durch Nachfrage aus, jedoch wird die Gesamtmenge der in der Welt vorkommenden Ressourcen nicht beachtet. So kommt es, daß die Nachfrage kommender Generationen in dieser auf kurzfristigen Bedarf ausgelegten "aktuellen" Nachfrage unter den Tisch fällt. Nachhaltigkeit ist somit weit davon entfernt, eine rein ökologische Notwendigkeit zu verkörpern, selbst wenn ihr Hauptziel die Minimierung des Materialeinsatzes der Gesellschaft aufgrund drohender ökologischer Konsequenzen bedeutet.

Ein weiterer Aspekt, der in der umweltpolitischen Diskussion an Bedeutung zunimmt, sollte an dieser Stelle noch behandelt werden. Es handelt sich um die Frage ob ein individueller Wertewandel im Sinne eines ökologisch nachhaltigen Lebensstils nötig ist. Wenn man die Situation jedoch genau betrachtet, ist es in keinem Falle notwendig, alte Werte abzulegen und neue anzunehmen. Auch in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft werden wir dieselben Werte und Präferenzen finden, wie wir

sie zur Zeit kennen, mit dem einzigen Unterschied, daß diese dann auf die neuen Bedingungen abgestimmt wären. Das Ergebnis der auf die neuen Bedingungen abgestimmten Präferenzen - und nur dieses - könnte man dann als Wertewandel interpretieren. Wertewandel kann kein aktives Prinzip beschreiben, deshalb sollte man diesen Begriff erst rückblickend verwenden. Die Einsicht in die Dringlichkeit der Umweltproblematik reicht völlig aus und benötigt keine neuen Werte oder Moralvorstellungen. Die Konsequenz sollte deshalb eine erhöhte Einflußnahme auf den politischen Meinungsbildungsprozeß sein, da sich sonst wissenschaftlich vorformulierte Ziele nicht durchsetzen lassen. Diese Aufgabe ist elementar und fordert aktives politisches Engagement.

Über die oben genannten Definitionen hinaus wird mit dem Begriff Wertewandel noch eine weitere Verhaltensforderung assoziiert, nämlich der persönliche Ausstieg aus der als materialistisch geltenden Gesellschaft. Zu solchen individuellen Entscheidungen ist folgendes zu bemerken. Es steht natürlich jedem einzelnen in einer Demokratie frei, solange er nicht den Boden der Legalität verläßt, sich eigene Präferenzen und Ziele zu setzen und diese auch zu verwirklichen, doch hat dies mit Umweltschutz nichts zu tun. Folgendes Schaubild soll dies erläutern.



Funktion I repräsentiert einen als optimal definierten, wissenschaftlich formulierten und politisch durchgesetzten Rückgang des durchschnittlichen Ressourcenverbrauchs per capita. Sie wird von den beiden Funktionen II

und III eingeschlossen. Der Raum zwischen II und III repräsentiert den individuellen Handlungsspielraum in der Gesellschaft. Der Punkt  $P_1$  (Präferenz 1) liegt außerhalb dieses individuellen Handlungsrahmens und ist hier nur als Beispiel für unrealistische Präferenzen eingezeichnet. Er könnte den Wunsch nach einer Wohnung auf dem Mond beinhalten oder andere finanziell unrealisierbare Präferenzen. Desweiteren finden wir, diesmal innerhalb des individuell möglichen Handlungsspielraumes, den Punkt  $P_2$ . Er liegt deutlich unterhalb I und weist somit auf einen Menschen hin, der weder Kosten noch Mühen scheut, um ökologisch nachhaltig zu leben. Ein Mensch mit den Präferenzen  $P_2$  verursacht in der Tat weniger Umweltschäden als jemand mit den Präferenzen  $P_3$ .

Betrachtet man dieses Verhalten jedoch gesellschaftlich, so muß man feststellen, daß sich unterm Strich keine positiven Veränderungen für die Umwelt ergeben. Jede freiwillige Schonung der Umwelt durch weniger Ressourcenverbrauch ( $P_2$ ) führt dazu, daß die Präferenzen  $P_3$  nach  $P_4$  verschoben werden. Dies wird bei Heranziehung der oben bereits erwähnten Allokationstheorie<sup>5</sup> deutlich: Bei begrenzter Gütermenge entsteht eine ökonomisch optimale Güterzuweisung, die sich in den Preisen sowohl niederschlägt als auch an ihnen orientiert. Wird nun von einzelnen aus rein ökologischen Erwägungen auf Nachfrage verzichtet, so sinkt der Gesamtverbrauch nicht automatisch, wie man annehmen könnte. Vielmehr wird sich der Preis an die niedrige Nachfrage anpassen. Durch diese Preissenkung werden sich andere Akteure finden, die diese Nachfragerlücke schließen. Langfristig entsteht also kein ökologischer Vorteil. Die Entwicklung bleibt also auf dem Pfad der politisch vorgegebenen Nachhaltigkeit.

---

<sup>5</sup>Ökonomisches Modell welches besagt, daß unter den Bedingungen allokativer Effizienz der Nutzen eines Akteurs nur durch die Verkleinerung des Nutzens eines anderen Akteurs vergrößert werden kann.

# III. Steuerungsmuster

## 1) Das Dilemma der Ethik als Instrument

Die Vorstellung eines vollkommenen Menschen ist so alt, wie die Menschheit selbst. Diese Vorstellung eines solchen Idealmenschen, selbst wenn sie nie erreicht wurde, hat sich in der Geschichte immer als positive Kraft erwiesen, solange die Vorstellung nicht in eine konkrete Form gegossen wurde. Dadurch daß die Menschheit nicht weiß, was die Zukunft für sie bereit hält und nur beschränkte Prognosen abgeben kann, wäre eine normative Forderung nur ein statisches Konstrukt, vor dem Hintergrund sich schnell verändernder Präferenzen.

Unter diesem Blickwinkel müssen auch pädagogisch/erzieherische Maßnahmen im Umweltschutz kritisiert werden. Der Appell an ein verstärktes individuelles Umweltbewußtsein jedoch ist nichts anderes als eine solche Maßnahme.<sup>6</sup>

Meinungsumfragen zufolge spricht sich eine große Mehrheit der Teilnehmer für mehr Umweltschutz in allen Lebensbereichen aus. Es gibt wohl auch niemanden der mit besonderem Eifer und Stolz bewußt der Umwelt schadet. Das eigentliche Problem scheint sich also nicht aufgrund mangelnder Erkenntnis zu stellen. Das Problem ist eher in der Zurückhaltung der Verantwortlichen und somit in der Politik zu suchen. Die politische Ohnmacht scheint selbst eine Diskussion über Effizienz oder Trivialität unterschiedlicher Instrumente überflüssig zu machen, da sich momentan nichts zu bewegen scheint.

Seit der Aufklärung versteht sich der Mensch nicht mehr als kleines leicht ersetzbares Rädchen innerhalb eines Machtsystems, sondern als individualistisch innovative Kraft. Durch diese Befreiung jedes Einzelnen aus der Knechtschaft ist unsere heutige industrielle Leistungsgesellschaft erst möglich geworden. Durch diese überaus positive "Erfahrung" ist offenbar auch der Gedanke entstanden, daß ein individuell zum Ausdruck gebrachter Wunsch nach Schonung der Umwelt auch automatisch zu dessen Verwirklichung führt.

---

<sup>6</sup>DAVID HUME schreibt, "daß eine Norm, die theoretisch vielleicht für die Gesellschaft am vorteilhaftesten erscheint, sich in der Praxis gleichwohl als durchaus unheilvoll und verderblich erweisen kann." (Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral, Reclam '84)

An dieser Stelle würde es sich anbieten, zwischen zwei Prozessen zu unterscheiden, nämlich dem gesamtwirtschaftlichen und dem individuellen Prozeß. Jeder Einzelne in unserer Gesellschaft ist, solange er das positive Recht nicht bricht, frei zu handeln wie es ihm beliebt. Es wäre also theoretisch nicht unvorstellbar, daß eine gewisse Bevölkerungsanzahl neue Präferenzen und Moralvorstellungen<sup>7</sup> in unsere Gesellschaft einbringt, selbst wenn die Triebkräfte die sie zu diesem neuen Verhalten bewegen nicht homogen sind. Es wäre offenbar also möglich, im Menschen ein umweltpolitisches Leitbild so zu verankern, daß es ihm moralisch, sittlich, natürlich und als absolut normal erscheint dieses zu befolgen.<sup>8</sup> Wenn man aber an die Entstehungsgeschichte und den Reifungsprozeß unserer heutigen Sitten, Gebräuche und Moralvorstellungen denkt, so muß man feststellen, daß es sich um keinen rationalen, sondern um einen von Versuch und Irrtum geprägten, sich ständig optimierenden Prozeß handelt. Ein rational durchdachtes Leitbild zu oktroyieren, selbst wenn es von der gesamten Bevölkerung gefordert würde, hätte also vielfältige Folgen auf die bewährte und bestehende Gesellschaftsordnung. Eine Harmonie zwischen einem individuell Möglichen konstruiertem und auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnten Verhaltensmuster und einem gewachsenen, gesamtwirtschaftlichen System wie der Marktwirtschaft ist nicht wahrscheinlich. Dazu ein Beispiel.

Man stelle sich eine Theatervorstellung vor, bei der einzelne Zuschauer anfangen aufzustehen, um besser sehen zu können. Dadurch werden auch andere gezwungen aufzustehen, da ihnen die Sicht versperrt wird. In kurzer Zeit führt dieses für jeden Einzelnen naheliegende Verhalten zu einer für alle schlechteren Situation. Keiner der Zuschauer sieht besser, aber alle haben durch das Stehen Nachteile. Dennoch ist jeder einzelne Zuschauer nicht in der Lage, die eingetretene mißliche Gesamtsituation zu verbessern. Auch Versuche einzelner, ihre Nachbarn zum Hinsetzen zu bewegen, bleiben fruchtlos. Niemand ist nämlich bereit, konkrete Sichtnachteile in Kauf zu nehmen, um einen für ihn im Ergebnis unsicheren Gesamtprozeß in Gang zu setzen. Deshalb können und werden sich die Theaterbesucher von sich aus nicht aus ihrer Lage befreien. Die Situation wird schließlich durch den Theaterbesitzer bereinigt. Er unterbricht das Programm und

---

<sup>7</sup>Hier sind die heute gängigen Grundsätze des Verhaltens gemeint.

<sup>8</sup>Es sei hierbei angemerkt, daß selbst unangefochtene gesellschaftliche Moralvorstellungen in der Praxis durch positives Recht gestützt werden, ein Punkt der hier aber nur von untergeordneter Bedeutung ist.

droht den Zuschauern, die sich nicht setzen, den Rausschmiß an. Die herrschende Unruhe verfliegt, das Problem ist zum Wohle aller gelöst.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß der gute Wille von einzelnen allein offenbar nicht reicht, um in der Gesellschaft auftretende Probleme zu lösen. Das gilt auch für das Problem des Umweltschutzes.

Ein Unternehmer mag privat noch so "grün" sein, er wird sich in seiner Unternehmenspolitik stets die Frage nach Kosten und Erträgen stellen müssen, die ihm fast jegliche Schonung der Umwelt als unmöglich, da unrentabel erscheinen lassen wird (mangelnde Internalisierung externer Kosten).<sup>9</sup> Bevor der Kapitalismus kam, ähnelte die ganze Welt, dem, was man heute Subsistenzwirtschaft nennt. Die Menschen kamen "natürlich" auf die Welt und starben im Durchschnittsalter von unter 30 Jahren auf ebenso "natürliche" Weise durch Hungersnöte oder Epidemien. Das marktwirtschaftliche System hat damit begonnen, Mangel, Hunger und Unterdrückung zu bekämpfen. Es ist das effizienteste System was wir kennen, doch kann es weder sozial noch ökologisch aus sich selbst heraus sein. Es kann nur sozialen und ökologischen Zielen dienen wenn eine demokratische, pluralistische Politik durch entsprechende Rahmenbedingungen dafür sorgt. Durch das gesamte Mittelalter und die frühe Neuzeit hindurch kann man verfolgen wie wenig soziale Mißstände durch ethische und theologische Handlungsweisen behoben wurden, erst durch eine staatliche Sozialpolitik sind große Fortschritte erzielt worden. Heute stehen wir wieder vor der selben Problematik, das Umweltproblem ist erkannt, es kann aber genauso wie die soziale Frage, nicht individuell gelöst werden. Es gilt deshalb nicht, nach einem neuen Umweltbewußtsein zu rufen oder sich Gedanken über ein neues Gesellschaftssystem, wie die marxistische Staatslehre eines darstellt, zu machen, sondern die Dynamik der Marktwirtschaft zu verstehen, und zu begreifen, daß sie die effizienteste Methode der Güterherstellung ist, auch wenn es sich um das Gut Umwelt handelt.

## 2) Staat

### a) Einleitung

---

<sup>9</sup> Es gibt Unternehmen die "freiwillig" Verbesserungen durchführen. Dahinter steht jedoch immer das Ziel der Ertragssteigerung, sei es unmittelbar, sei es durch Verbesserung des Images.

Bewußt wird im Kapitel IV den Preisen<sup>10</sup> als hinreichendem Informationsträger in unserer Gesellschaft die entscheidende Rolle zur Begrenzung der Eingriffe in das Ökosystem gewährt. Wenn auch in Einzelfällen von ordnungsrechtlichen Maßnahmen nicht abzusehen ist, so müssen diese aus folgenden Gründen nur mit äußerster Vorsicht angewandt werden.

Am Beispiel der Forderung der BUND-Jugend, Autos mit einem Durchschnittsverbrauch von über 7 Liter auf 100km schlichtweg zu verbieten, sollen die enormen Nachteile dieser Ge- und Verbotspolitik klargemacht werden.

Es sollte Konsens bestehen, daß eine Entwicklung zu möglichst umweltfreundlichen sprich in erster Linie schadstoffarmen Autos unbedingt eintreten muß. Langfristig sollte sogar an 5 Liter, 2 Liter Autos und letztlich an den völligen Verzicht auf Autos im herkömmlichen Sinne gedacht werden. Generell heißt das, daß eine nachhaltige Form des Wirtschaftens entstehen muß, die auf eine Minimierung des Verbrauchs von Ressourcen basiert. Mit diesen Zielen vor Augen, scheint das Verbot von Autos mit schlechtem Benzinverbrauch gerechtfertigt. Leider entpuppt sich ein Verbot als äußerst ungeschicktes Instrument.

## b) Ökologische sowie ökonomische Nachteile des Ordnungsrechts

Die umweltpolitischen Nachteile die sich aus ordnungsrechtlichen<sup>11</sup> Maßnahmen ergeben, werden heute jedoch in frappierendem Maße verkannt. Es wird hier nicht bestritten, daß Verbote positive ökologische Folgen haben, jedoch erreichen sie nicht annähernd die Vorteile einer gezielten Preiserhöhung (Bsp. Mineralölsteuererhöhung).

Das Ziel, bundesweit nur noch Autos mit einem Spritverbrauch von unter 7 Litern zu sehen, wird mit rein marktwirtschaftlichen Mitteln wesentlich kostengünstiger und schneller erreicht.

---

<sup>10</sup> In der aktuellen Diskussion zeichnet sich eine Bevorzugung der Mengen ab, dies ändert jedoch nichts an den folgenden Betrachtungen.

<sup>11</sup> Ordnungsrechtliche Maßnahmen sind letztendlich nichts anderes als polizeiliche Auflagen, da bei einer Überschreitung der Richtwerte strafrechtlich gegen den Verursacher vorgegangen wird.



Bei einer Mineralölpreiserhöhung liegt das Optimierungsinteresse beim Käufer und somit letztendlich beim Hersteller. Es wird beim Kauf eines Personenkraftwagens zukünftig nicht nur entscheidend sein, wieviel der Wagen kostet, sondern auch wie hoch sich die laufenden Kosten, die sich in einem höherem Spritverbrauch niederschlagen, beziffern. Folglich wird es für die Autobranche überlebensnotwendig sein möglichst rasch (immer) verbrauchsarme(re) Autos herzustellen und somit wird auch vor Investitionen auf diesem Gebiet nicht zurückgeschreckt werden.

Quasi umgekehrt verhält es sich bei ordnungsrechtlichen Maßnahmen, bei denen von einem wahren Optimierungsinteresse von Seiten der Firmen nicht die Rede sein kann. Das einzige Interesse an einer Optimierung des Benzinverbrauches hat in diesem Falle der Staat, der den Wunsch nach mehr Umweltschutz in der Bevölkerung verkörpert. In einer pluralistischen Gesellschaft werden nun folglich alle interessierten Parteien (von Bürgerinitiativen bis zur Autolobby) zur Anhörung eingeladen. Ganz im Interesse ihrer Firma, werden die Techniker und Spezialisten der Automobilfirmen, bei diesen Gesprächen, den in diesen Gebieten unbewanderten, zuständigen Juristen klarmachen, daß aus technischen Gründen ein solcher Motor frühestens in 20 Jahren zu erwarten sei. Es tritt also eine massive Abschwächung der Forderungen ein<sup>12</sup>, da technische Möglichkeiten festgelegt werden müssen. Nun ist dies aber noch nicht alles, da man die bürokratischen Kosten in diesem Prozeß und die Kontrollkosten nicht vergessen darf.

Wenn das Ziel (in unserem Beispiel 7 Liter auf 100km) dann irgendwann erreicht ist, fängt das eigentliche Dilemma erst an. Wie oben bereits angedeutet, wird von der Gesellschaft ja nicht nur ein 7 Liter Auto gefordert, sondern eine nachhaltige Entwicklung zu immer verbrauchsärmeren Autos und letztendlich zu alternativen Mobilitätskonzepten. Für die Autoindustrie gilt aber nach wie vor die 7 Liter Grenze, die auch nur eingehalten wird, weil die Ordnungsstrafen sie dazu zwingen. Es werden also nur soweit Verbesserungen auftreten, als individuelle Autofirmen auf härtere Auflagen spekulieren. Abweichende Verhaltensweisen würden die Firmen konkurrenzunfähig machen. Um dem Ziele einer Interferenzenbegrenzung näher zu rücken, könnte man den ganzen, in Wahrheit noch komplexeren, Prozeß wiederholen und eine neue Richtlinie hervorzaubern.

---

<sup>12</sup> Selbst nach 20 Jahren wäre es den Firmen immer noch möglich, den Entschluß vor Gericht anzufechten, was eine weitere Verzögerung zur Folge hätte.

Der dynamische Prozeß der Weiterentwicklung unter Konkurrenzdruck und somit eine anhaltende Umstrukturierung der Wirtschaft ist nur durch einen kontinuierlichen Anreiz wie ihn hohe Mineralölpreise darstellen gewährleistet.

### c) Gesellschaftliche Nachteile des Ordnungsrechts

Die regulative Idee, auf der die repräsentativen Demokratien basieren, ist die Freiheit des Einzelnen. Wenn nun aber der Staat eingreift und per Diktat einer gewissen Klasse von Autos das Vertriebsrecht entzieht, handelt es sich um einen antiliberalen Eingriff in die Entscheidungsfreiheit des Individuums. Es sollte jedoch in der Umweltpolitik darauf geachtet werden, daß traditionelle Werte wie diese Freiheit nicht einer Ökodiktatur geopfert werden.

Wenn ein Staat mit autoritären Mitteln gewisse Autoklassen verbietet, wie weit sind wir dann noch von Reglementierungen betreffend die Wohnfläche oder die Ernährung entfernt? Wäre es denn nicht sinnvoll, eine wissenschaftlich als gesund erwiesene Speisekarte<sup>13</sup> zu erstellen und letztere, natürlich nur das allgemeine Wohl im Auge behaltend, der gesamten Bevölkerung aufzuerlegen und jegliche andere Art der Ernährung zu verbieten? Würde man nicht mit einem Schlag breiten Schichten der Gesellschaft Probleme wie Übergewicht und andere Nachteile einer ungesunden Ernährung abnehmen und somit vielleicht auch der Unterernährung Einhalt gebieten? Die Folgen eines solchen Eingriffs dürften klar sein. Er würde die Idee der Freiheit durch die der Gleichheit ersetzen und letztlich zu einer identitären Staatsauffassung führen.<sup>14</sup> In einer heterogen strukturierten und pluralistisch organisierten Gesellschaft sollte es nach wie vor erlaubt sein, Personenkraftwagen mit größerem Benzinverbrauch zu fahren, wenn man die nötigen finanziellen Mittel aufweisen kann oder auf anderen Gebieten durch umweltschonendes Verhalten Geld spart - alles andere wäre Diktatur.

---

<sup>13</sup> Im Kapitel I wurde die erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Problematik der Fragestellung bereits angerissen und sollte deshalb hier nicht wiederholt werden.

<sup>14</sup> Es sei hier besonders auf SIR KARL POPPER verwiesen, der sich in seinem Buch "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" mit dieser Problematik intensiv befaßt.

## IV. Lösungsansätze

Mittlerweile haben viele Wissenschaftler und Verbände umfangreiche Konzepte vorgelegt (im Gegensatz zur Bundesregierung, die zwar Ende 1991 beschloß, daß der deutsche CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2005 gegenüber 1988 um 25-30% zu senken sei, dafür aber bis heute kein schlüssiges und konsequentes Konzept vorlegen konnte).

Wir geben hier nur eine Auswahl von Vorschlägen, die wir für sinnvoll und richtungsweisend halten, erheben aber nicht den Anspruch, ein vollständiges Konzept vorzulegen. Besondere Bedeutung messen wir der Effizienz und Umsetzbarkeit dieser Vorschläge zu. Wichtig ist, bei der Bestimmung des Umfangs der Maßnahmen im Kopf zu behalten, welche gravierende Auswirkungen des Treibhauseffekts prognostiziert werden, und die Tatsache, daß die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2030 mindestens halbiert werden sollten. Da den Entwicklungsnationen auf der Umweltkonferenz in Rio 1992 die Notwendigkeit einer Steigerung ihrer Emissionen für ihre Entwicklung zugestanden wurde, müssen die Nationen des Nordens noch drastischer ihre Emissionen reduzieren. Momentan emittieren sie, die weniger als ein Viertel der Weltbevölkerung beherbergen, mehr als drei Viertel der Emissionen! Gerade hier sind Geld und Technologien vorhanden, um die Reduzierung und Substituierung zu ermöglichen.

Das momentan verstärkt diskutierte Konzept, die Emissionen zu reduzieren, indem Gelder des Nordens den Verbrauch des Südens durch effizienzsteigernde Techniken verringern, spart zwar ökonomisch kurzfristig Kosten, da die Einsparpotentiale dort günstiger auszuschöpfen sind. Es droht aber den Blick davon abzulenken, daß im Norden der mit Abstand größte Verbrauch und das größte Einsparpotential vorhanden sind. Deshalb müssen schon jetzt hier bei uns deutliche preisliche Anreize für die Anwendung und Fortentwicklung von Einsparungstechniken gesetzt werden. Je schneller damit begonnen wird, um so besser für alle, da mehr Zeit für Anpassung und Durchführung bleibt.

Das grundsätzlich wichtigste, da effizienteste Mittel ist, die besonders relevanten ökologischen Kosten in die Preise für die Verursachung zu internalisieren. Dadurch wird die Produktionsweise ständig ökologisch optimiert, und der Konsum zugunsten ökologisch verträglicherer Produkte beeinflußt.

Für besonders gefährliche Produkte oder Verhaltensweisen müssen Verbote oder strenge Mengenbegrenzungen eingeführt werden. Manche ökologisch sinnvollen Alternativen (z.B. ÖPNV) benötigen staatliche Anschubinvestitionen.

Die Forderungen im einzelnen:

### **Energie:**

Anreizung zur Ausschöpfung der von der Enquete-Kommission genannten Energiesparpotentiale, z.B. Abschreibungsmöglichkeiten für Wärmedämmmaßnahmen

Einführung einer über einen längeren Zeitraum schrittweise steigenden Energiesteuer (falls EG-weit noch nicht machbar, Beginn zusammen mit Dänemark und BeNeLux; Prognose: die anderen werden sehr schnell folgen!)

Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Kernenergie (innerhalb von höchstens 15 Jahren = Altersgrenze der meisten Reaktoren), nicht nur wegen der GAU-Gefahr und Endlagerprobleme, sondern wegen zu hoher ökonomischer Kosten (Staatliche Versicherung bei Unfall, Kosten für Entsorgung der Kraftwerke und jahrtausendelange Endlagerung).

Auch Kernenergie verursacht übrigens CO<sub>2</sub>-Emissionen, nämlich 10-20% der Emissionen von Gasturbinenkraftwerken. Diese Emissionen entstehen hpts. bei Bau und Entsorgung der Kernkraftwerke, Uranabbau und dem Transport der Brennelemente.

Stattdessen staatliche Förderung der wirklich umweltfreundlichen Solarenergie mit auch nur annähernd so hohen Beträgen wie die Kernenergieförderung in den letzten Jahrzehnten (Dutzende Milliarden Mark)

Entflechtung der Stromkartelle, Umstrukturierung der Versorgungs- zu Dienstleistungsunternehmen

Lineare statt degressiver Stromtarife staatlich festgelegt

Verpflichtung der Versorgungsunternehmen zu Least-Cost-Planning

### **Verkehr:**

Beendigung der Steuerbefreiung für Flugbenzin/Kerosin, zeitliche gestaffelte deutliche Erhöhung dieser Steuer wegen extremer Umweltschädigung

zeitlich gestaffelte Erhöhung des Benzinpreises auf vier bis fünf DM (siehe fünftes Kapitel) mit zeitlich begrenztem sozialen Ausgleich und Abschaffung der KFZ-Steuer

Anschubinvestitionen für den Aufbau eines attraktiven und effizienten öffentlichen Personennahverkehrs, der sich bei entsprechendem Benzinpreis schnell von selbst tragen wird und komfortabler sein wird als der heutige

### **Entwicklungspolitik:**

Verringern des Bevölkerungswachstums durch Verbessern der sozialen Verhältnisse in den Entwicklungsländern:

Sofortige Erhöhung der Entwicklungshilfe auf die zugesicherten 0,7% des deutschen BSP, Verwendung für Bildung und Grundbedürfnisse

noch wichtiger: mindestens teilweise Öffnung des europ. Marktes für Fertiggüter aus den Entwicklungsnationen und weitgehende Entschuldung (diese Forderungen ist man fast leid zu lesen, da sie seit über zehn Jahren gefordert, aber nicht umgesetzt werden. Dies mag sich bald ändern, wenn die Zustimmung der Entwicklungsnationen zu einer Selbstbeschränkung bei ihren Emissionen nötig wird)

### **ökologische Steuerreform:**

eine frühzeitig angekündigte Steuerreform, die ökologische Belastungen zeitlich abgestuft verteuert, aber sich aufkommensneutral verhält (z.B. durch Entlastung des Faktors Arbeit oder Streichung der gesamten Mehrwertsteuer).

soziale Abfederungen, die bei möglichen Umstellungen der Steuerzahler (z.B. Kauf sparsamerer Autos bei Neuanschaffung) zeitlich zu begrenzen sind.

# V. Strukturwandel

## 1) Chancen der Anpassung

Eine konsequente Umweltpolitik wird langfristig enorme Strukturveränderungen in unserer Gesellschaft hervorbringen und muß dies auch, um einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen zu können. Dieser Prozeß, der sicherlich sozial verträglich gestaltet werden muß, ist jedoch ein Schritt ins Unbekannte, der größtes Unbehagen nicht nur in traditionell konservativen Kreisen hervorruft. Man denke beispielsweise an die Spriterhöhung von 0,18 DM zum 1.1.94, die nicht nur zu langen Warteschlangen an den Tankstellen in den letzten Tagen des Jahres '93 führte, sondern auch zu größeren Debatten in den Medien und zu individuellen Befürchtungen, sich Mobilität in Zukunft nicht mehr leisten zu können. An dieser Erhöhung, deren Umweltschutzrelevanz gegen Nulling, kann man die Angst der gesamten Gesellschaft, die sich vor allem im voraus zeigte, gegenüber selbst den kleinsten Veränderungen ablesen.

Betrachten wir einmal die Benzinpreisentwicklung in der Bundesrepublik. 1950 kostete der Liter Benzin ungefähr 0,56 DM. Wenn der Benzinpreis seither parallel zum Einkommen gestiegen wäre, würde ein Liter heute über 8,50 DM kosten. In diesem Falle wäre der prozentuale Anteil der Spritkosten am Einkommen gleich geblieben anstatt kräftig zu sinken. Unter dieser Prämisse wäre die Entwicklung konsequent, aber für den Durchschnittsbürger völlig unscheinbar verlaufen und deshalb hätte dann auch niemand eine solche Entwicklung in Frage gestellt. Jeder kann sich allerdings denken, was für positive Auswirkungen diese Preisstruktur auf die Umwelt gehabt hätte.

Desweiteren ist es ja so, daß die im Rahmen der ökologischen Steuerreform beispielsweise geplanten Mehreinnahmen im Bereich der Mineralölsteuer in anderen Bereichen wieder verteilt werden, welches neben der gewünschten, sozial abgedeckten Strukturänderung im Verkehrssektor auch die Chance einer gerechten Umverteilung birgt. Abfederungen müssen jedoch überschaubar sein und kontinuierlich wieder abgebaut werden, da sie nur die Übergangszeit zur neuen Verkehrsstruktur verträglich gestalten sollen. Das Ergebnis muß ein geringerer Mineralölverbrauch sein.

Konsequenterweise wird man sich auch eine Zukunft vorstellen müssen, in der das individuelle Beförderungsmittel PKW eine äußerst

eingeschränkte Rolle einnimmt. Dezentralisierung und öffentliche Verkehrsmittel werden an Bedeutung zunehmen und somit das alltägliche Leben eines jeden verändern.

Die Erfindung und Nutzung von Elektrizität wurde ursprünglich auch äußerst skeptisch betrachtet und sogar offen bekämpft. Heute hat sich die Gesellschaft soweit an die neuen Gegebenheiten angepaßt, daß sie sich heute ein Leben ohne Elektrizität gar nicht mehr vorstellen könnte. Diese Relativität der subjektiv als unverzichtbar geltenden Dinge ist genauso an der Entwicklung vom Pferdegespann zum modernen Kraftfahrzeug aufzeigbar. Was hat es damals für Proteste gegeben, als sich Kraftfahrzeuge langsam durchsetzten und wie grundlegend radikaler war dieser privatwirtschaftliche Strukturwandel im Vergleich zu dem heute angestrebten. Fest steht, daß heute die Nachfrage nach Pferdegespannen gesunken ist und ein solches Beförderungsmittel als Alternative zum PKW auch gar nicht erwogen wird. Erst seit hundert Jahren existieren Kraftfahrzeuge und dennoch sind sie scheinbar nicht zu ersetzen. Die Zeiten haben sich geändert und somit auch die Möglichkeiten, die Präferenzen zu verwirklichen.

Wenn, um auf das obige Beispiel zurückzugreifen, nun die Spritkosten kontinuierlich ansteigen, wird die finanzielle Attraktivität dieser Verkehrsmittel gegenüber den PKW steigen und neue Transportmöglichkeiten eröffnen. Immer mehr Personen werden ihre Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln erhöhen. Es ist naiv und falsch zu glauben, Alternativen würden sich nur langsam oder eventuell gar nicht herausbilden.

## 2) Gesellschaftsmodelle

Der Begriff Utopie ist heute in unserer Gesellschaft vorwiegend positiv belegt, trotz ORWELL und HUXLEY. In der Literatur werden grundsätzlich zwei Arten der Utopie unterschieden, die negative Utopie und die positive. Die negative Utopie verfolgt den Zweck der Warnung (Furchtbild) und wird deshalb manchmal auch als Anti-Utopie bezeichnet. Die positive Utopie wird als Gegenvorschlag (Wunschbild) verstanden. Allen gemein ist jedoch die Suche nach neuen Formen des menschlichen Zusammenlebens.

THOMAS MORE hat bereits in seinem 1516 erschienenen Werk "Utopia" einen klaren Unterschied zwischen den ausgemalten Gesellschaftsmodellen

und deren Verwirklichung gezogen.<sup>15</sup> Es ging MORE nie um die exakte Nachbildung seines Staates Utopia, er verstand seinen insularen utopisch legalistischen Ansatz nur als Kontrastbeispiel zu der kontinental machiavellistischen, naturalistischen Gesellschaftsform seiner Zeit. MORE hat die enorm wichtige Rolle der Gesellschaftsvision erfaßt, jedoch auch ihre Grenzen erahnt, was man von PLATO nicht behaupten kann.<sup>16</sup> Die wichtige Botschaft, die wir deshalb von MORE lernen sollten, ist, daß sich Formen des Zusammenlebens zwar konstruieren lassen, sie jedoch nicht als Zielsetzung oder gar positivistisches Planmodell verwendet werden sollten.<sup>17</sup> Unsere heutige Gesellschaft ist eine äußerst komplexe, evolutionär gewachsene Institution, welche nicht durch säkularisierte Vernunft ersetzt werden kann.

Es ist kein Wunder, daß gerade im Zeitalter der Industrialisierung der Bedarf an Zukunftsvisionen stieg. Hervorgebracht durch soziopolitische Anlässe, waren politische Utopien nämlich immer auch Phänomene des Reagierens. Man sah die enormen strukturellen Veränderungen und auch die resultierenden, unlösbar scheinenden Probleme. Die sozialistische Utopie gewann an politischer Bedeutung, da sie eine Lösung der proletarischen Probleme anbot und somit ein "Hoffnungsprinzip"<sup>18</sup> verkörperte. Sie antwortete auf erkennbare Fehlentwicklungen und gesellschaftliche Krisen und bot Orientierungspunkte im Hinblick auf eine unsichere, offene Zukunft. Der Charme und die Anziehungskraft solch visionärer Gesellschaftsformen stehen außer Frage, ebenso wie ihr literarischer Wert. Man darf ihnen auch nicht ihre durchaus legitime Bedeutung auf pragmatischer Ebene streitig machen, denn nicht zuletzt durch diese Utopien wurde die soziale Komponente in die Marktwirtschaft und somit in die repräsentative Demokratie eingebettet. Jedoch gab es

---

<sup>15</sup>Auf Englisch wird Utopia (gr. Nirgendland) genauso ausgesprochen wie Eutopia, welches im lateinischen nichts anderes als "Land der Seligen" bedeutet. THOMAS MORE (heute auch MORUS genannt) hat meines Erachtens schon damals u. a. durch dieses Wortspiel sein eigentliches Ansinnen dargelegt. Er war es ja auch, der als Lehrmeister DEFOES und SWIFTS den Begriff Utopie für dieses Literaturgenre prägte.

<sup>16</sup>PLATO entwirft in seinem Staat eine vorsozialistische Gesellschaftsstruktur, die er immer als normative Forderung verstand und sie entsprechend in die Praxis umsetzen wollte. Der Versuch scheiterte.

<sup>17</sup>Vgl. HUME, HAYEK, POPPER und siehe auch Kapitel III. Das Buch "Hat die politische Utopie eine Zukunft?" (R. SAAGE, Darmstadt, '92) ist als Einstieg äußerst empfehlenswert.

<sup>18</sup>Die Rolle dieses "Prinzips Hoffnung" wurde durch BLOCH weiter verstärkt.



Bestrebungen, diese Ideale durch konkrete Modelle in die Tat umzusetzen, was zumindest in den ehemaligen Ostblockländern zur Unterdrückung der Bevölkerung durch eine Partielite führte und ORWELL veranlaßte, sein "1984" zu schreiben.

Die Parallelen zum heute nötigen Strukturwandel sind evident, und Utopien, z. B. mit Blick auf Ökodiktaturen<sup>19</sup> erscheinen zu genüge in der Literatur. Dennoch ist die Sensibilisierung gegenüber den Gefahren visionärer Verheißungen leider nicht weitgehend genug. Solange selbst angesehene Institute sogenannte "Wohlstandsmodelle" entwerfen und auch in den USA ökologisch nachhaltige Zukunftsstädte bis in die kleinsten Details am Reißbrett ausgearbeitet werden, ist die Gefahr nicht gebannt.

Ganz im Gegenteil erfährt dieser Irrweg einen enormen Anhängerzuwachs. Immer mehr frustrierte Umweltschützer suchen ihre Erfüllung in solchen Ansätzen. Die Überschaubarkeit und Realisierbarkeit gerade lokaler Projekte bietet Ergebnisse und das Gefühl der Sicherheit im Hinblick auf eine ökologisch ungewisse Zukunft. Diese Täuschung, die auf Ignoranz der gesellschaftlichen Dynamik beruht, führt zu einem Anwachsen apolitischer individueller Aktivitäten und zu einer äußerst schädlichen Bewußtseinsberuhigung. Letztendlich handelt es sich hier um einen alten, pseudowissenschaftlichen, holistischen und materialistischen Irrglauben, nicht nur der Mensch sei manipulierbar, sondern auch die Gesellschaft - als simple Gesamtheit verstanden - sei grundlegend entwerfbar.

### 3) Zukunft

Insgesamt kann man sagen, daß einer aktiven und realen Umweltpolitik folgende Faktoren im Wege stehen, die es ihr erschweren, die bloße Verlautbarungsebene zu verlassen.

Ein erster Grund ist die positivistische Überschätzung technischer Innovationen.

Der Glaube, ökologischen Katastrophen allein mit technischen Mitteln entgegentreten zu können, ohne gleichzeitig eine Minimierung der

---

<sup>19</sup>Siehe FLECK, GO! Die Öko-Diktatur, Hamburg '93, ein interessantes Buch, welches allerdings keinen Handlungsstrang vorweist und auch gesellschaftstheoretisch äußerst unbefriedigend bleibt.

Eingriffe in das ökologische System Natur, sprich Nachhaltigkeit zu forcieren, zeugt von Naivität. Propagiert wird nicht nur, daß es wissenschaftlich möglich ist, teilweise schleichende Umweltkatastrophen auf ihre Ursache zurückzuführen, sondern zusätzlich, daß auch entsprechende technische Möglichkeiten bereitstehen, diese zu verhindern, rückgängig zu machen oder zumindest zeitlich weit hinauszuzögern. Diesen fragwürdigen Vorstellungen werden dann noch die ökonomischen Lorbeeren verliehen, da sie in Kosten-Nutzen-Analysen scheinbar preisgünstiger abschneiden als direkte Ursachenbekämpfung. Eine entsprechende, "billige" und "sichere" Lösung bei globalem Temperaturanstieg wäre, nach solchen Meinungen, der Bau von Hochwasserdämmen und die Erhöhung vorhandener Deiche.<sup>20</sup>

Ein zweiter Grund ist das unreflektierte, fast dogmatische Festhalten an überholten Paradigmen.

Hierzu zählt das bereits erläuterte, an einer falschen Anthropologie krankende, Bewußtseinsparadigma genauso wie das kaum hinterfragte Vorurteil, Umweltschutz würde Arbeitsplätze kosten und der Volkswirtschaft zusätzlich Standortnachteile beschern. Ohne grundlegend auf diese Fragen einzugehen,<sup>21</sup> soll hier nur ein formaler Gedanke kurz angerissen werden.

Generell zeigt sich in der umweltpolitischen Diskussion eine Vermengung völlig unabhängig voneinander zu behandelnder Themen. Die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie erweist sich hier als besonders hinderlich für eine aktive Politik. Solange der Glaube eines Konfliktes durch die Köpfe geistert und als Konsequenz dieses Paradigmas die Gesellschaft vor eine vermeintliche Wahl gestellt wird und zwar vor die Wahl zwischen einer arbeitsplatzschaffenden Hochkonjunktur und einer intakten Umwelt, wird das Ergebnis nicht schwer zu prognostizieren sein. Der fundamentale Irrtum dieses Konflikts wird klar, wenn man sich vor Augen führt welches die ursprünglichen Ziele des Wirtschaftens schlechthin sind. In der primitiven Stammesgemeinschaft entwickelten sich mit der Zeit immer deutlicher Systeme und Handlungsmuster heraus, die heute in ihrer notwendigen Logik immer noch gelten. Die evolutionäre

---

<sup>20</sup>Solche und ähnliche Vorstellungen vertreten unter anderem recht angesehene Umweltökonomien wie beispielsweise William Nordhaus. Dabei wird jedoch übersehen, daß Umweltschutz eine Strukturfrage ist, die mit dem volkswirtschaftlichen Niveau nicht das geringste zu tun hat.

<sup>21</sup>siehe Literaturverzeichnis

Stammesentwicklung hin zu Jägern und Sammlern, genauso wie die allmähliche Herausbildung spezieller Rollen innerhalb eines Stammes, beinhalteten immer als Ziel eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Das ursprüngliche Ziel des Haushaltens war das Überleben mit möglichst einfachen Mitteln sicherzustellen. War das tägliche Überleben gesichert, wurde das wirtschaftliche Prinzip auf andere Bereiche ausgedehnt. Heute stehen andere Präferenzen im Vordergrund. Ernährung und Überleben sind zumindest in Europa soweit gesichert, daß sich der Einzelne eher Gedanken über einen neuen Farbfernseher oder ein mögliches Urlaubsziel macht. Dennoch steht das Überleben, als Grundvoraussetzung allen menschlichen Handelns, immer noch an erster Stelle der menschlichen Präferenzen und wirtschaftlichen Zielen.

Dadurch, daß allein ein gesundes Ökosystem das Überleben der Menschheit garantieren kann, wäre es auch konfus, wenn ein System, welches nie anderen als der Erfüllung menschlicher Ziele gedient hat, die Menschheit und damit sich selbst vernichten würde. Die Ökonomie hätte sich ad absurdum geführt.

Der dritte Grund, der einer konsequenten und aktiven Umweltpolitik im Wege steht, ist überraschenderweise der Staat selbst. Systemimmanente Schwachpunkte des politischen Apparates verhindern die Einbettung langfristiger Ziele in die Politik.

Idealiter haben wir in der Bundesrepublik eine pluralistisch organisierte heterogene Gesellschaft, dessen politisch- administratives System am besten durch die Konsens-/ Konkurrenztheorie beschrieben wird. Dies bedeutet, daß die Parteien mittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes, durch freie, geheime und gleiche Wahlen in die Regierung gewählt werden.<sup>22</sup> Das Volk überträgt einer bestimmten Partei das Amt der Regierung, wobei es sich vorbehält, die Treuhandschaft jederzeit durch Neuwahlen zu widerrufen, falls die Interessen des Volkes nicht gewahrt werden. An die so gewählte Regierung treten im folgenden verschiedene Interessengruppen heran, die ihre divergierenden Interessen artikulieren und dadurch erst eine demokratische Grundordnung garantieren.

---

<sup>22</sup>Im Extremfall führt ein solcher Konkurrenzdruck zwar zur optimalen Repräsentation mehrheitlicher Meinungen, jedoch zu Lasten längerfristiger gesellschaftlicher Ziele, deren politische Lösungsansätze oder Lösungen nicht mehr in die entsprechende Wahlperiode fallen und letzten Endes nicht mehr zurückzuverfolgen sind.

Der Staat hat nun in diesem Interessenpluralismus für Ausgleich und einen tragbaren Konsens zu sorgen. Der Staat erfüllt also die Funktion des Koordinators und greift idealerweise nur dann regulierend ein, wenn die Gefahr besteht, daß die erzielten Aushandlungsergebnisse den Minimalerfordernissen einer sozial und marktwirtschaftlich orientierten Politik widersprechen. So läßt sich in der neopluralistischen Staatstheorie das "Gemeinwohl" nur als Summe der Aushandlungsergebnisse a posteriori bestimmen. Vorrangiges Instrument des Interessenausgleichs sind jedoch Verhandlungen, Absprachen und Verträge, die nach dem Prinzip der "Vordringlichkeit des Befristeten" abgehandelt werden. Der Staat wird zur "Arena" des Interessenausgleichs der kurzfristige Lösungen, meist vorteilhaft für die dominierend wirtschaftlich orientierten Interessengruppen (Lobbys), produziert. Der "Staat" ist demnach immer weniger in der Lage, langfristige Aufgaben zu erfüllen oder Interessen zu vertreten, hinter denen keine Interessengruppen stehen. Man denke beispielsweise an die Subventionen für Diesel oder Flugkerosin, die unter ökologischen Gesichtspunkten katastrophal sind.

Scheinbar verliert die Figur "Staat" am Ende des 20. Jahrhunderts ihre souveräne Handlungsfähigkeit. Politologen sprechen von der Auflösung der hierarchischen Autorität des demokratischen Staates. Die Pluralisierung der Gesellschaft, die voranschreitende Dezentralisierung und u. a. die Zersplitterung des Rechts ("Einzelgerechtigkeit") werden dafür verantwortlich gemacht. Dazu trägt nicht zuletzt auch der Wertpluralismus einer entstaatlichten interessenmaximierenden politikverdrossenen Bürgerschaft bei. Generell ist die steigende Fülle und Komplexität der zu bewältigenden Probleme immer schwerer zentral zu steuern.

Vor dem Hintergrund einer endogen scheiternden Umweltpolitik werden nun vorallem von BÖHRET und SCHARPF Ansatzpunkte für einen auch in Zukunft funktionalen Staat aufgezeigt. Der Staat fungiert in diesem Ansatz nicht nur als Arena, in der über die Gestaltung des Verhandlungssystems wie bisher geredet und entschieden wird,<sup>23</sup> sondern als besonderer Prozeßteilnehmer, der legitimiert, ein positives Gesamtinteresse (solidarischer Orientierung) offensiv in die Debatte einbringt. Zur Durchsetzung solcher Ziele könnte sich der "Staat" dann, im Gegensatz zu traditionellen Interessengruppen, auf eine höhere demokratische Legitimation stützen.

---

<sup>23</sup>Traditionelle Aufgabe des Staates ist u. a. die Gesetzgebung und die Rolle des Katalysators in sozialen Konflikten.

Es gilt also, die "Interessen der Natur" im politisch- administrativen System zu verankern. Die Verantwortung der politischen Führung muß sich zukunftsgestaltend mit den Interessen der Nachwelt befassen (neue Zeitlichkeit). Konkret bedeutet dies eine Instanz zur Vertretung der Interessen der Natur und letztendlich der Nachwelt zu installieren. Die Natur mag im politisch- administrativen System zwar sprachlos sein, doch ist sie keineswegs passiv und kann deshalb auch nicht zu Gunsten kurzfristiger Vorteile ignoriert werden, zumal sie das Spielfeld der Gesellschaft selbst darstellt. Unsere Nachfahren sowie die Natur an sich haben Anspruch auf eine adäquate Interessenvertretung, welche die heutige, wiederum blauäugig kurzfristige Krisenbewältigungstaktik bei weitem übersteigt.

# Nachwort

Auf der UN-Conference of Environment and Development in Rio de Janeiro, 1992, brachten die 178 Teilnehmerstaaten in der "Rio-Deklaration" den weltweiten politischen Konsens zur Zusammenarbeit im Geiste einer globalen Partnerschaft mit dem Ziel, die Gesundheit und Integrität des Ökosystems Erde wiederherzustellen und zu erhalten, zum Ausdruck.

## **Spezielle Vereinbarung der UNCED:**

### 1) Klima - Rahmenkonvention

mit folgender Zielsetzung: Stabilisierung der Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau, das eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert und das den Ökosystemen ausreichend Zeitraum für eine natürliche Anpassung an Klimaveränderungen läßt.

### 2) Konvention zum Schutz der natürlichen Lebensräume und der biologischen Vielfalt

dies bei nachhaltiger Nutzung der biologischen Ressourcen nicht zuletzt also auch einer nachhaltigen, umwelterhaltenden Landwirtschaft.

### 3) Schutz der Wälder aller Klimazonen

gegen jede Art von schädigenden Einflüssen, dies bei nachhaltiger Nutzung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und gegenwärtiger und künftiger Generationen.

### 4) Aktionsprogramm "Agenda 21"

ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert mit umwelt- und entwicklungspolitischen Handlungsanweisungen zu

Internationaler Zusammenarbeit zur Beschleunigung einer nachhaltigen Entwicklung in Entwicklungsländern,  
Armutsbekämpfung,  
Veränderung der Konsumgewohnheiten,

Bevölkerungswachstum, Ressourcen-Verbrauch, Tragfähigkeit von Ökosystemen,  
Gesundheitsfürsorge,  
Erziehung, Schulbildung,  
Technologie-Einsatz,  
Nachhaltige Siedlungsentwicklung,  
Integration von Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung

Eine Realisierung dieser Vereinbarungen, Ziele in Gesellschaft und Politik, in Wirtschaft und Technik, in der Wissenschaft bedarf visionärer Vorstellungen notwendiger Umstrukturierungen, Entwicklungen über Jahrzehnte bis Jahrhunderte und dies ohne in Utopien zu verfallen.

In dem von den Vereinten Nationen 1988 zusammengerufenen Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC wurden (für die Vorbereitung der RIO-Konferenz) und werden (für die weiteren Verhandlungen der Vertragsstaaten) solche Vorstellungen und Möglichkeiten von Wissenschaftlern aller betroffenen Disziplinen und aller Länder in weltweitem Konsens - in Abstimmung mit der nationalen und internationalen Politik - erarbeitet und veröffentlicht.

Aber alle schönen Worte, Erklärungen können nur lebendig werden, wenn die Menschen sich bereitfinden zu umweltgerechtem Verhalten, zu Aufgabe von Vorurteilen gegen besseres Wissen, zu Handeln mit Augenmaß und Mut hinsichtlich der umweltverträglichen Nutzung aller Möglichkeiten.

Wenn immer mehr Menschen in Denken, Verhalten und Handeln dem Beispiel der Schüler des Umweltarbeitskreises der Bezirksschülervertretung Bonn folgen, und dies bald, dann ist das große Ziel erreichbar.

Klaus Heinloth  
Universität Bonn  
28.02.94

# Literaturverzeichnis

## I. weiterführende Umweltliteratur

**Arrhenius, Svante:** *Über den Einfluß des atmosphärischen Kohlensäuregehaltes auf die Temperatur der Erdoberfläche.* Königliche Schwedische Wissenschaftsakademie Stockholm 1896.

**Deutscher Bundestag (Hrsg.):** *Schutz der Erdatmosphäre.* Bonn 1990.

**Graß, Hartmut, R. Klingholz:** *Wir Klimamacher.* Frankfurt 1990.

**J. Klawitter, R. Kümmel, G. Maier-Rigaud (Hrsg.):** *Natur und Industriegesellschaft.* Berlin 1990.

**Maier-Rigaud, Gerhard:** *Umweltpolitik in der Offenen Gesellschaft.* Opladen 1988.

**ders.:** *Umweltpolitik mit Mengen und Märkten.* Marburg 1994.

**Schmidheiny, Stephan:** *Kurswechsel.* München 1992.

**Simonis, Udo Ernst (Hrsg.):** *Basiswissen Umweltpolitik.* Berlin 1990.

**Weizsäcker, Ernst U. von:** *Erdpolitik.* Darmstadt 1992.

## II. grundlegende Literatur

**Böhret, C. u. a.:** *Innenpolitik und politische Theorie.* Opladen 1979.

**ders.:** *Zur Handlungsfähigkeit des funktionalen Staates der spätpluralistischen Industriegesellschaft.* in B. Kohler-Koch (Hrsg.). *Staat u. Demokratie in Europa.* Opladen 1992

**Hayek, F. A. von:** *Freiburger Studien.* Tübingen 1969.

**Hume, David:** *Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral (1777).* Stuttgart 1984.

**ders.:** *Ein Traktat über die menschliche Natur, Über Moral.* Hamburg 1978.

**Kuhn, Thomas S.:** *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.* Frankfurt am Main 1967.

**Mandeville, B. de:** *Die Bienenfabel (1712).* München 1980.

**Popper, Karl:** *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde I&II.* München 1980.

**ders.:** *Logik der Forschung.* Tübingen 1982.

**Robinson, Joan:** *Introduction to the theory of employment.* London 1960.

**Saage, Richard:** *Hat die politische Utopie eine Zukunft.* Darmstadt 1992.



# Appendix

## Lebensstildiskussion - Hilfe oder Gefahr für die Umweltpolitik?

Spätestens seit der UN-Konferenz in Rio 1992 ist jeder und jedem klar, daß der bisherige Ressourcenverbrauch und Emissionsumfang innerhalb nur weniger Jahrzehnte deutlich gesenkt werden muß, um Klimawandel, Ressourcenknappheit und damit verbundene Verteilungskonflikte zu minimieren.

Seit einigen Jahren hat sich auch in den hochentwickelten Staaten der Welt, dem sogenannten "Norden", die Erkenntnis durchgesetzt, daß es unser eigener Lebensstil ist, der das ökologische Hauptproblem der Welt ist. Über drei Viertel der globalen Ressourcen werden von weniger als einem Viertel der Weltbevölkerung verbraucht, und von dieser Minderheit werden mehr als drei Viertel der Schadstoffe emittiert (welche ja unter anderem den Treibhauseffekt bedingen).

Nun wird plötzlich nicht mehr nur von "sustainable development" oder "nachhaltiger Entwicklung" geredet, also dem Prozeß, unsere Wirtschafts- und Konsumgüter so ökologisch zu gestalten, daß sie ein dauerhaft für die Ökosysteme der Erde tolerables Maß an Ressourcenverbrauch und Verschmutzung nicht überschreiten. Mittlerweile gewinnt auch die Diskussion an Bedeutung, ob nicht wesentliche Teile unseres Lebensstils es wert sind, geändert zu werden, um ein wirklich umweltgerechtes Leben und Wirtschaften erst zu ermöglichen.

Diese Frage gewinnt dadurch an Gewicht, daß ein mittlerweile durchaus nennenswerter Teil der Bevölkerung der hochentwickelten Gesellschaften sich in ihrem Lebensstil nicht mehr wirklich wohl fühlt, und ihn ernsthaft hinterfragt. Die Gestaltung ihres Lebens erscheint diesen Menschen zu fixiert auf materielle Werte, welche soziale Kontakte einschränken. Viel mehr Dinge sind zu abhängig und unfrei machenden Suchtmitteln geworden, als nur illegales Rauschgift. In der Wissenschaft wird weithin die Ansicht geteilt, daß Sucht aus fehlenden oder unbefriedigenden menschlichen Beziehungen besteht. Immer mehr Menschen fühlen sich im Alltag gestreßt von Hektik und bedauern, zu wenig Zeit für Familie und Freunde zu finden. Sie merken, daß ihr Körper ihnen den häufigen Streß und die zweifelhafte Ernährungsweise nicht so ganz ohne weiteres verzeiht, Schlafstörungen oder Herzattacken mögen nur zwei Beispiele für die häufigen Folgen sein.

Während die meisten Menschen, die dies fühlen, keine für sie konkret verwirklichte Alternative sehen, beschließen einige, in ihrem Leben einen Schnitt zu machen. Sie ziehen z.B. aus der Großstadt in eine Kleinstadt oder aufs Land, bauen einen Teil ihrer Lebensmittel selber an, oder reduzieren ihre

Arbeitszeit, um mehr Zeit für ihre Mitmenschen oder für soziales Engagement zu haben.

Im "Forum für Umwelt und Entwicklung", in dem alle bedeutenden deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sich zusammengefunden haben, um die Umsetzung der Beschlüsse der Rio-Konferenz durch die Regierung kritisch und konstruktiv zu überwachen, gibt es nicht nur Arbeitsgruppen zu Klimawandel und Nachhaltiger Entwicklung, sondern auch zur Frage, wie sich die Problematik unseres Lebensstils nachhaltig in das Bewußtsein der ganzen Bevölkerung bringen läßt, und wie Alternativen aussehen könnten. Der größte deutsche Umweltverband (der B U N D ) läßt z.B. eine Studie erstellen, welche Auswirkungen ein "nur" nachhaltiges Wirtschaften in Deutschland und in Europa auf den Lebensstil haben könnte, und wie dieser alternativ gestaltet werden könnte.

Worauf will ich hinaus? Das Infragestellen von Teilen unserer Lebensgewohnheiten und das Befassen mit anderen Weltanschauungen und Kulturen und deren Einstellung zur ökologischen Krise und zu Sinninhalten ihres Lebens erschien mir selbst lange Zeit als spinnert, und es war mir höchst suspekt. Mittlerweile bin auch ich zur Überzeugung gelangt, daß ich Teile des von mir geteilten konventionellen westlichen Lebensstils in meinem Leben ändern möchte und werde. Nicht nur, weil dadurch weitere Umweltzerstörung abgebaut wird, sondern vor allem, weil ich mich dadurch wohler und sinnerfüllter fühle und weiß. Ich halte den durchschnittlichen momentanen Lebensstil für zu materialistisch, und damit persönlichkeitsentfremdend und nicht glücklich machend. Vereinfachend gesagt, wird meiner Meinung nach zu sehr nach äußerem Besitz und zu wenig nach innerlichen Bedürfnissen gestrebt.

Aber: Dies ist eine persönliche Einschätzung, beruhend auf den eigenen Gefühlen und Werten. Und so ist es auch mit den Planungen und Modellen einzelner oder ganzer Verbände oder gesellschaftlicher Gruppen in bezug auf einen ökologischeren und menschengerechteren Lebensstil. Sie dürfen nicht zu einer verbindlichen Leitlinie oder Norm werden, an der sich der allgemeine künftige Lebensstil zu orientieren hat!

Dieser latenten Gefahr der "ökologisch vorbildlichen" Lebensweise steht dem (hoffentlich) allseitig anerkannten Prinzip der freiheitlichen und offenen Gesellschaft entgegen. Es drohte aufs Neue eine Diktatur festgeschriebener Werte, wie unter den Regimen des sogenannten Sozialismus.

Außerdem würde eine Fixierung auf errechnete Modelle auch den Zielen eines effektiven Umweltschutzes entgegenlaufen, da die gesellschaftliche Entwicklung immer in ständiger Bewegung ist, und es deshalb unsinnig ist, konkrete Ziele a priori (von vornherein) festzuschreiben. Es ist höchstens sinnvoll, gesellschaftliche (bzw. globale) Grenzen für Naturverbrauch und Emissionen als Rahmenwerte vorzugeben, so wie im Grundgesetz der freiheitliche, soziale und föderale Rechtsstaat als normativ unabänderlich festgelegt ist. Die konkrete Art des Erreichens dieser Verbrauchs- und Emissionsziele muß offengelassen werden, es läßt sich in unserer heutigen

Gesellschaft am besten über finanzielle Anreize, gepaart mit bestimmten Restriktionen erreichen.

Daß diese Anreize möglichst schnell gesetzt werden, erfordert, daß sich alle, denen eine möglichst lebenswerte Zukunft am Herzen liegt, hierfür politisch einsetzen und sich nicht nur in eine private "heile Welt" zurückziehen. Dies bestreitet nicht die Bedeutung, die die Suche nach möglichen anderen Lebensinhalten hat. Die nötige Unterstützung für die in dieser Broschüre skizzierte notwendige Art der Umweltpolitik ist erfahrungsgemäß bei den meisten Menschen nicht nur rational zu erlangen. Eine neue Wertschätzung unserer uns Leben gebenden und erhaltenden Umwelt, die mit einer bewußten Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensstil einhergeht, wird auch zur psychischen Zustimmung zu vorsorgender und umfassender Umweltpolitik beitragen und die Differenz zwischen rationaler Erkenntnis und faktischem Handeln deutlich verringern. Wichtig ist, daß möglichst vielen Menschen die sozialen und ökologischen Kosten des Überkonsums bewußt werdend. Die Umweltverbände sollen keine determinierten Entwicklungsziele vorgeben, sondern können mögliche alternative Elemente des Lebensstils als lebenswert darstellen.

Die individuelle Suche nach befriedigeren Lebensinhalten kann aber die Notwendigkeit der zuvor dargelegten Umweltpolitik nicht aufheben, sondern nur für jeden individuell ergänzen.

Jan Neumann

## Die grüne Revolution frißt ihre eigenen Kinder

"Die Umweltbedingungen waren immer unerträglicher geworden in den letzten Jahren. In den Städten war die Luft kaum noch zu atmen und in den meisten Krankenhäusern hatte man sich längst auf Vergiftungen und akute Allergien durch Umweltverschmutzung eingerichtet. Die globale Klimaveränderung hatte schließlich alles nur noch verschlimmert. Hunderttausende von Menschen waren bei Deichbrüchen ertrunken oder schlichtweg vor verdorrter Ernte verhungert. Abgesehen davon hatten die Klimazonenverschiebungen riesige Völkerwanderungen in Gang gesetzt. In vielen Regionen waren die Versorgungslage katastrophal und die Überlebenschancen daher minimal geworden."

Bedächtig und besorgt klappte er das Buch zu, eine düstere Zukunft, die der Autor da prophezeite. Aber hatte es nicht in den letzten Jahren Veränderungen im Verhalten der Leute gegeben? Er war sich nicht sicher. Der Druck, der hatte zumindest nicht nachgelassen. Damals hatte man begriffen, daß Umweltschutz ein neues Individualverhalten erforderte, das der Staat nicht zustande bringen konnte. Die Politiker hatten erkannt, daß sie nur durch eine Stärkung des Umweltbewußtseins eines jeden Bürgers die Katastrophe verhindern können. Zumindest, so sagte er sich, waren die riesigen Plakate und Fernsehwerbungen gut gemeint gewesen. Man hatte enthusiastisch neue Visionen für die Zukunft kreieren wollen. War er nicht selber voller Hoffnung mit seinen Freunden an den

Spitzen der zahlreichen Demonstration mitgelaufen? Hatte er nicht stolz sein Banner mit der Aufschrift "think global act local" hochgehalten und hoffnungsvoll der drakonischen Bestrafung aller Umweltsünder entgegengesehen?

Er war sich nicht mehr sicher. Die Luft im Raum war zu schlecht, als daß man klare Gedanken haben könnte. Auf jeden Fall war er damals überzeugt mitgelaufen in dem festen Glauben, eine menschenfreundliche Zukunft zu sichern. Doch die Sache hatte sich schnell zugespitzt. Trotz aller Überzeugungsarbeit waren die Schadstoffwerte nämlich nicht gesunken. Auch die langsam rigoroser werdenden Verordnungen des Staates hatten nicht zur Verbesserung der Lebensqualität beigetragen.

Aus leidenschaftlicher Überzeugung wurde bald massiver Zwang. Chaos und Anarchie brachen aus, da der Staat eine gesunde Lebensgrundlage nicht mehr garantieren konnte und dem Druck der Bürger, die sich gezwungen sahen, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, weichen mußte. Die Mitmenschen wurden also nicht mehr überzeugt, sondern unter Druck gesetzt. Die Prophezeiungen eines nahenden Weltunterganges hatten dies alles nur beschleunigt. Das anfängliche Umweltbewußtsein hatte sich radikal verändert. Er konnte sich noch gut entsinnen, wie er seinen Nachbarn eines Abends beglückwünscht hatte, nachdem dieser statt des Autos mit dem Fahrrad von der Arbeit zurückgekommen war. Die Tatsache, daß dieser ihm darauf freundschaftlich ein Dosenbier anbot, hatte ihn damals noch nicht gestört. Dies alles hatte sich vor wenigen Jahren abgespielt. Vor einem Jahr wurde der Nachbar dann trotz wiederholter Mahnung des Umweltausschusses seiner Straße, doch mit dem Auto erwischt. Sein Fahrrad war kaputt gewesen und er hatte dringend zur Arbeit müssen. Gründe, die man scheinbar nicht akzeptiert hatte, da er am nächsten Tag verschwunden war. Ein Exempel hatte statuiert werden müssen, um andere Umweltsünder abzuschrecken. Diesen Schritt hatte er noch gebilligt, da er sich bewußt war, wie akut die Umweltprobleme auch damals schon waren. Daß dieser Mann aus Umweltschutzgründen im Winter nicht mehr heizte und auch sonst fast ein Selbstversorger war, der seinen geringen Abfall peinlich genau sortierte, hatte sein Schicksal nicht beeinflussen können.

Wieder spürte er die stechenden Kopfschmerzen, die Kälte in seiner Zelle ließ die Luft zwar angenehmer und frischer erscheinen, konnte aber über deren tatsächliche chemische Zusammensetzung nicht hinwegtäuschen. Er war allein und verzweifelt. Sein Leben war umsonst gewesen. Umsonst hatte er sich bemüht, den Leuten die Augen zu öffnen. Umsonst hatte er ihnen später gedroht. Umsonst waren auch die vielen Opfer der spontanen Bürgerinitiativen gewesen, deren Ziele alle Mittel heiligten. Er schauderte, er hatte nicht gerade Furcht. Aber ein nicht unähnliches Gefühl, wallte in ihm hoch.

Gegenwärtig war es ihm sehr schwer, seine Gedanken länger als ein paar Minuten auf einen Gegenstand gerichtet zu halten. Er erinnerte sich langsam, selbst er hatte sich zuletzt nicht mal mehr auf die Straße gewagt aus Angst, er könnte der Umwelt schaden und von einem der Nachbarskinder dabei beobachtet werden. Jetzt saß er im Gefängnis, seine Frau hatte ihn dabei ertappt, wie er sich mehrere Minuten lang mit heißem Wasser geduscht hatte.

Kaum hatte er sich abgetrocknet, waren sie schon dagewesen und hatten ihn unter den Tränen seiner Frau abtransportiert. Er machte ihr keinen Vorwurf. Sie hatte völlig recht, schließlich hatte er warmes Wasser verschwendet. Er hatte sich nicht zurückhalten können. Die vage Erinnerung an diesen Genuß hatte sich durch den Blick auf den rotgefärbten Teil des Temperaturreglers in eine suchtähnliche Besessenheit verwandelt. Er hatte sich nicht mehr unter Kontrolle gehabt. Seine Frau hatte absolut recht, er war wirklich zu gefährlich für seine Mitmenschen geworden, als daß man ihn hätte frei herumlaufen lassen können. Er grübelte, doch er nahm sein Schicksal an. Die Dinge hatten ihre Richtigkeit. Er war sich jetzt sicher, ja, sein Tod mußte sein. Langsam lockerte er den Riemen der Filtermaske, die tödlichen Gifte drangen in seinen Körper und sein Bewußtsein schwand allmählich. Er hatte den Sieg über sich selbst errungen; er war eins mit der Natur geworden.

F. Maier-Rigaud

Es liegt auch nicht viel Befriedigendes darin, wenn man sich die Welt so denkt, daß jeder Streifen Landes, welcher fähig ist, Nahrungsmittel für menschliche Wesen hervorzubringen, auch in Kultur genommen sei, daß jedes blumige Feld und jeder natürliche Wiesengrund beakert werde, daß alle Thiere, welche sich nicht zum Nutzen der Menschen zähmen lassen, als seine Rivalen in Bezug auf Ernährung vertilgt, jede Baumhecke oder jeder überflüssige Baum ausgerottet würde und daß kaum ein Platz übrig sei, wo ein wilder Strauch oder eine Blume wachsen könnte, ohne im Namen der vervollkommneten Landwirtschaft als Unkraut sogleich ausgerissen zu werden. Wenn die Erde jenen großen Bestandteil ihrer Lieblichkeit verlieren müßte (...), so hoffe ich von ganzem Herzen im Interesse der Nachkommen, daß man schon viel früher, als die Nothwendigkeit dazu treibt, mit einem stationärem Zustande zufrieden sein wird.

John Stuart Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie, 1848